

## Protokoll

### der 2. ordentlichen Sitzung am 27. September 2022

Sitzungsleitung:	Paul Strobach
Protokollführung:	Paul Strobach
Sitzungsdauer:	19:25 bis 21:20 Uhr

Bei Eröffnung der Sitzung erscheinen acht Mitglieder des Studierendenparlaments (Anwesenheitstabelle in Anlage 1).

Daraufhin wird festgestellt:

**Das Studierendenparlament ist nicht beschlussfähig.**

Sophie Schreyer (AStA-Referentin für Finanzen) regt an, bei der nächsten Sitzung § 6 Absatz 4 der Satzung anzuwenden, insb. für den Ansatzhaushalt, den Vertrag wegen „meinsemesterticket.de“ und die Verlängerung des Auftrags des Semesterticketbeauftragten.

Es wird die folgende Tagesordnung vorgeschlagen:

TOP	UP	Gegenstand	Antragsnr.
<b>I.</b>		<b>Berichte</b>	
	1.	Präsidium	
	2.	AStA	
	3.	VeFa	
	4.	Sonstige	
<b>II.</b>		<b>Ansatzhaushalt 2022/23</b>	XV-P-017
<b>III.</b>		<b>Gegenstände von der letzten Sitzung</b>	
	1.	Wahl studentischer Mitglieder für den Verwaltungsrat des STW Potsdam	
	2.	AStA-Ausschreibung	
	3.	Nachtragshaushalt	XV-P-005
	4.	E-Mail-Adressen des Studierendenparlaments	XV-P-007
	5.	KuZe – Upgrade Schließanlagen	XV-P-008
<b>IV.</b>		<b>Neue Gegenstände</b>	
	1.	Beschwerdestelle Belästigung	XV-P-012
	2.	Chaos verhindern – Studierende endlich unterstützen	XV-P-013
	3.	Fortführung der Position der/des Sonderbeauftragten für Verkehrs- und Semesterticketfragen	XV-P-014
	4.	Anerkennung als Sportreferent*in	XV-P-015
	5.	Vertrag wegen „meinsemesterticket.de“	XV-P-016

Ohne Widerspruch wird beschlossen:

**Die vorgeschlagene Tagesordnung wird angenommen.**

## I. Berichte

### 1. Präsidium

*Das Präsidium berichtet zu Beginn jeder Sitzung über Rücktritte sowie über sonstige wichtige Änderungen in seiner Zuständigkeit, die der Aufmerksamkeit des Studierendenparlaments bedürfen.*

- Paul Strobach (Präsidium) berichtet, dass Finn Klein (BFF) zurückgetreten sei, Richard Wendt nachrücke.
- Viviane Triems (AStA-Referentin für Geschlechter- und Queerpolitik) sei ebenfalls zurückgetreten.
- Auf der StuPa-Webseite würden nun alle eingegangenen Anträge auf der folgenden Seite veröffentlicht:

<https://www.stupa.uni-potsdam.de/beschlussvorschlaege/>

Antragstellende sollten sich an das Präsidium wenden, wenn ein Antrag von ihnen nicht nach einigen Tagen dort veröffentlicht wurde, damit der Antrag nicht übersehen wird.

### 2. AStA

*Der AStA berichtet zu Beginn jeder Sitzung über hochschulpolitische Neuigkeiten, insbesondere über seine eigenen Projekte als auch über wichtige Informationen, die ihm durch die Kooperation mit anderen Gremien (z. B. beim Jour fixe mit dem Präsidenten) zugetragen wurden, damit das Studierendenparlament die politische Tätigkeit des AStAs nachvollziehen und kontrollieren kann, sowie damit das Studierendenparlament einen Überblick über die aktuell wichtigen hochschulpolitischen Angelegenheiten erhält.*

- Pascal Kienast (AStA-Referent für Netzpolitik und Digitalisierung, AStA-Vorsitzender) berichtet unter Bezugnahme auf eine frühere E-Mail an die StuPa-Mitglieder, dass die Hasso-Plattner-Stiftung ein Interesse angemeldet habe, die Häuser 2 und 3 am Campus Griebnitzsee als auch die Häuser des Studierendendorfs aufzukaufen. Der AStA lehne dies ab und habe deshalb einen Brief an die Landesregierung geschrieben. Ein großes Problem hierbei sei, dass durch die angebotenen Ersatzbauten Bauflächen am Campus Griebnitzsee wegfallen würden, weshalb die Wirtschafts- und

Sozialwissenschaftliche sowie Juristische Fakultät nicht weiter wachsen könnten, da ein Flächendefizit entstehen würde.

- Die Semesterticket-Rückerstattung könne demnächst starten  
(mehr dazu unter I.4. - Sonstige Berichte)
- Das KuZe-Plenum hat beschlossen, Pascal Kienast als KuZe-Referenten für den XVI. AStA zu empfehlen.
- Sophie Schreyer (AStA-Referentin für Finanzen) berichtet, dass am 30.09.2022 der Jahresabschluss für Abrechnungen stattfindet.
- In der letzten Woche ist ein Mitarbeiter des Finanzreferats verstorben, was neben der psychischen Belastung auch zu einem erhöhten Arbeitsaufwand führt, weshalb Verzögerungen auftreten könnten.
- Der AStA bereite auch die (zentralen) Erstitage vor und plant dort insbesondere einen eigenen AStA-Stand.
- Pascal Kienast ergänzt, dass nun ein besonderes Behördenpostfach für den AStA eingerichtet sei, mit dem dieser am elektronischen Rechtsverkehr teilnehmen könne. Das Zertifikat sei auf den AStA-Vorstand ausgestellt, andere Organe der Studierendenschaft (z.B. Fachschaftsräte) könnten aber diesen mitnutzen, wenn sie ebenfalls Zugang brauchen.
- Nahida Zarin (AStA-Referentin für Antirassismus) berichtet, dass der Filmabend mit dem Film „Call me by your name“ positive Rückmeldungen erhalten habe und daher eine Wiederholung einer solchen Veranstaltung erwogen würde.
- Der AStA sei zurzeit damit beschäftigt, die Nachrichten, die in die Digital Mailbox für Beschwerden gegen Vorfälle von Rassismus und Belästigung gesendet wurden, anonym auszuwerten. Hierzu wird es demnächst eine weitere E-Mail mit Neuigkeiten geben.
- Silvan Verhoeven (UP.rising) fragt, wo Informationen zu den Kaufabsichten der Hasso-Plattner-Stiftung gefunden werden könnten.

Pascal Kienast antwortet hierauf, dass es sich zurzeit noch nur um interne Mitteilungen handle und nichts öffentlich bekannt gegeben sei. Eine Nachricht sei an den AStA weitergegeben worden,

die in einem Schock resultierte. Außerdem gäbe es eine Kleine Anfrage im Brandenburgischen Landtag. Sobald mehr Informationen vorliegen, würde der AStA diese veröffentlichen.

Sophie Schreyer antwortet, dass die Uni glücklicherweise auf der gleichen Seite wie der AStA sei, sodass eine gute Chance bestehe, die Käufe abzuwenden.

Silvan Verhoeven ergänzt noch, dass er dazu eine Frage beim nächsten Treffen des Fakultätsrates hätte stellen wollen, das aber leider abgesagt worden sei. Er würde aber gerne verstehen wollen, was die Intentionen der Hasso-Plattner-Stiftung seien.

- Thomas Wöstmann (RCDS) fragt, ob es möglich sei, den weitergegebenen Brief bezüglich der Studierendenwohnheime zu erhalten.

Pascal Kienast meinte, dass nicht ganz klar sei, wie das mit der Geheimhaltung bzw. dem Schutz von Whistleblower\*innen ist, ggf. wäre dies möglich, wenn die Namen entfernt würden.

### **3. VeFa**

*Soweit eine solche stattgefunden hat, werden auch von der Versammlung der Fachschaften und dabei auch aus den Fachschaftsräten wichtige Informationen mitgeteilt.*

Es hat keine VeFa stattgefunden.

### **4. Sonstige Berichte**

*Sonstige Berichte, z. B. von den Vereinigungen, denen die Studierendenschaft angehört (BRANDSTUVE, fzs), vom KuZe oder von den Beauftragten des Studierendenparlaments sollen ebenfalls vorgetragen werden.*

- Matthias Weingärtner (Semesterticketbeauftragter) berichtet, dass die Semesterticketrückerstattung in den Startlöchern stehe und nur noch der formale Schluss des Auftragsverarbeitungs- und Dienstleistungsvertrags erforderlich sei, bis die Daten vom Dezernat 2 der Universität erhalten und an „meinsemesterticket.de“ (SAM) weitergegeben werden und die Antragstellung beginnen könne.

- Die Daten vom D2 würden mit Daten, die vom Semesterticketbüro, insb. bezüglich Befreiungsanträgen, kommen abgeglichen, damit die Plattform weiß, wer antragsberechtigt ist.
- Die Plattform sei weitestgehend fertig. Vom VBB verlangte Änderungen seien bereits eingepflegt.
- Die Gelder sollen vom VBB am Ende des Monats angefragt werden und auf ein Sparkonto der Studierendenschaft überwiesen werden. Nach Rücksprache mit dem Finanzreferat des AStA erfolgt die Überweisung auf ein Sparkonto, um Strafzinsen zu vermeiden.
- Es sei eigentlich auch nicht die Zuständigkeit des AStA, die Rückzahlungen abzuwickeln, sondern des VBB, die dieser jedoch bedauerlicherweise auf den AStA abwälze. Dieser werde voraussichtlich auch leider auf den Verwaltungskosten sitzenbleiben.
- Die Universität nutze ein veraltetes System ohne digitales Studierendenkonto, was die Komplexität des Verfahrens erhöhe. Daher sei es auch möglich, dass bei zukünftigen Rückmeldezeiträumen ähnliche Probleme existieren würden (sofern es weitere reduzierte Tickets gibt).
- Notwendig sei nur noch die Freigabe durch das Studierendenparlament. Da diese noch nicht erfolgt ist, seien auch noch keine Daten weitergegeben.
- Paul Strobach (UP.rising) fragt, ob er es richtig verstanden habe, dass der AStA datenschutzrechtlicher verantwortlicher und Mr. Deliver UG (haftungsbeschränkt), das Unternehmen hinter „meinsemesterticket.de“, Auftragsverarbeiter sei?

Pascal Kienast (AStA-Referent für Netzpolitik und Digitalisierung, AStA-Vorsitzender) antwortet hierauf, dass der Auftragsverarbeitungsvertrag seit einigen Stunden vorliege und in der Tat Mr. Deliver UG nur Dienstleister, der AStA jedoch Verantwortlicher sei.

- Silvan Verhoeven (UP.rising) fragt, wann die Daten gelöscht würden. Einerseits würde etwas von „bei Erledigung des Auftrags“ gesagt, andererseits sei die Studierendenschaft ja Auftraggeberin. Erfolge die Löschung daher schon, sobald ein einzelner Antrag bearbeitet worden ist?

Matthias Weingärtner antwortet hierauf, dass Sophie die Daten erst nach Ablauf von gesetzlichen Speicherfristen löschen könne. Die Rückerstattungsansprüche würden seiner Rechtsansicht nach nach drei Jahren verjähren, möglicherweise könnten die Daten erst dann gelöscht werden.

In Anlehnung an schriftliche Fragen von Paul Strobach ist zu ergänzen, dass erwogen wurde, eine analoge Antragstellung zu ermöglichen. Hierzu werde es die Möglichkeit einer persönlichen Vorsprache beim AStA geben.

Sophie Schreyer (AStA-Referentin für Finanzen) ergänzt, dass die Daten von ihr nach spätestens 6 Monaten gelöscht werden würden.

Matthias Weingärtner merkt noch an, dass möglicherweise die Uni-E-Mail-Adresse gelöscht werden könnte, dann würde es sich seiner Ansicht nach nicht mehr um personenbezogene Daten handeln.

- Sophie Schreyer merkt an, dass nach Antragstellung nur noch eine Verfahrensnummer und die Auszahlungsdaten im AStA-System auftauchen würden, sodass ihrer Ansicht nach kein Personenbezug mehr bestehe.
- Matthias Weingärtner merkt noch an, dass dem VBB nur kumulierte Zahlen zur Antragstellung (Gesamtstudierendenzahl sowie Stand für Juni, Juli und August) und keine personenbezogenen Daten übermittelt werden würden.
- Sven Götzmann (BFF) merkt an, dass Matthias angedeutet habe, dass die Studierendenschaft die Kosten tragen müsse und fragt, wie hoch die Kosten seien.
- Matthias Weingärtner teilt mit, dass die Gesamtkosten rund 60.000 € betragen würden, basierend auf 19.689 Studierenden und einem Preis von ca. 3 € pro Rückerstattungsantrag. Die Studierendenschaft solle erwägen, gegen den VBB auf Rückerstattung der Verwaltungskosten zu klagen.
- Moritz Pleuse (Juso-HSG) merkt an, dass ein etwaiger Rückerstattungsanspruch erst nach Vertragsschluss entstehen könne. Das Problem sei, dass das Land die Verwaltungskosten des 9 €-Tickets

am Ende der Woche an den Bund zurückmelde. Klagen wären erst möglich, wenn das Land die Anmeldung der Kosten oder der Bund ihre Erstattung ablehnt. Für eine solche Anmeldung würde man jedoch einen Vertragsschluss vorweisen müssen.

Der Bund habe ferner dem Land zurückgemeldet, dass Kosten „Dritter“ nicht erstattet werden könnten, aber es sei fraglich, ob die Studierendenschaft als Anstalt öffentlichen Rechts „Dritte“ seien; hier hätte man bei rechtzeitigem Vertragsschluss ggf. klagen können.

- Sophie Schreyer regt an, über den Vertragsentwurf mit „meinsementicket.de“ und auch generell alle Anträge rüberzuschauen und Probleme oder Bedenken zu melden, da vor Beschlussfassung immer noch die Möglichkeit der Änderung bestehe, aber nachträglich in der Regel nicht.
- Paul Strobach bittet bei der Gelegenheit den AStA um Updates wegen der Klage gegen den Uni-Präsidenten wegen der Anwaltskosten, insbesondere um Mitteilung des Aktenzeichens. Pascal Kienast sichert zu, ihm diese zuzuschicken.
- Matthias Weingärtner teilt noch mit, dass der Landtagsausschuss AWFK eine Mitteilung an den Uni-Präsidenten geschickt habe, in der er nachfragt, wieso ausgerechnet an der Uni Potsdam solche Probleme mit der Rückerstattung bestehen würden.



### III. Ansatzhaushalt 22/23

*Das Studierendenparlament beschließt als höchstes beschlussfassendes Organ der Studierendenschaft den Haushaltsplan. Dazu legt die Finanzreferentin vor Beginn des Haushaltsjahres einen Ansatzhaushalt vor, indem zunächst nur diejenigen Kostenpunkte berücksichtigt sind, mit denen sicher gerechnet werden kann (insb. keine Rücklagen).*

- Sophie Schreyer (AStA-Referentin für Finanzen) erklärt, dass bei dem diesjährigen Ansatzhaushalt die Kosten für studentische Wahlen zu einem großen Teil wegfallen, da anders als in der letzten Legislatur keine Urabstimmung angesetzt sei.
- Wegen der hohen Zahl von Referent\*innen steige der Kostenpunkt der Aufwandsentschädigung des AStA auf insgesamt ca. 77.000 €. Daher stünden weniger Mittel für andere Bereiche bereit.
- Ohne Berücksichtigung von Rücklagen stehen Mittel in Höhe von ca. 6.000 € für den Haushaltstitel „Studierendenprojekte“ bereit. Ähnliche Einschränkungen ergäben sich für sonstige Projektfördertöpfe.
- Sophie Schreyer appelliert, weniger Referent\*innen zu benennen, da dies Gelder aus anderen Haushaltstiteln entziehe und sich auf Dauer nicht finanzieren lasse.
- Es bestehe Anlass zur Sorge beim Haushaltsbereich „Sozialfond“ (Studierendenbeitrag: 1 €). Zurzeit gäbe es nur wenige bewilligte Anträge, auf deren Grundlage auch Auszahlungen erfolgen würden. Die Rücklagen des Haushaltsbereichs seien jedoch zweckgebunden betrügen schon jetzt ca. 60.000 €. Daher sollte überlegt werden, in den folgenden Semestern (SoSe 2023, WiSe 2023/24) den Sozialfondsbeitrag zu ändern und in den Bereich „sonstige Studierendenschaft“ einzugliedern, sodass die Rücklagen auch anderen Haushaltstiteln zu Gute kommen können. Ein Antrag dazu werde bis Anfang November gestellt werden.
- Silvan Verhoeven (UP.rising) fragt, was die aktuelle Bewilligungsgrenze des Sozialfonds sei.

Sven Götzmann (BFF) antwortet hierauf, dass dies in der Semtex-Ordnung des Studierendenparlaments festgelegt sei und sich u.a. an den BaFöG-Sätzen orientiere. Das größte Problem sei jedoch,

dass strukturelle Defizite in der Verwaltung in den letzten Jahren dazu geführt hatten, dass nur wenig Studierende an einer Antragsstellung beim Sozialfond interessiert gewesen seien.

- Sophie Schreyer fährt fort und erläutert, dass es noch einige Änderungen bei den Haushaltstiteln gegeben habe, insbesondere sei der Titel für eine einmalige Förderung des Semestertickets durch das MIL weggefallen, während mehrere neue Haushaltstitel für die Rückerstattung aufgrund des 9 €-Tickets hinzugekommen seien.
- Sinkende Rücklagen würden in Zukunft Kürzungen erforderlich machen.
- Silvan Verhoeven meint, verwundert zu sein, da sich der RPA beschwert hätte, dass die Rücklagen zu hoch seien, und bittet um Aufklärung.
- Sophie Schreyer meint, dass dies vermutlich an den Corona-Jahren gelegen habe, da in diesen viele Veranstaltungen ausgefallen seien. Nach der weitestgehenden Rückkehr zum Normalbetrieb nun seien die Rücklagen aber nun deutlich geringer. Sie appelliert, in Zukunft wirtschaftlicher zu arbeiten, damit der Semesterticketbeitrag nicht erhöht werden muss.
- Sven Götzmann regt an, nochmal zu erklären, wozu ein Haushalt dient und welche Möglichkeiten der Gestaltung dem StuPa obliegen.

Sophie Schreyer teilt daraufhin mit, dass es zunächst einen Ansatzhaushalt gebe (im Idealfall vor dem 1. Oktober, da das Haushaltsjahr dann beginne). Im Januar folge dann der ordentliche Haushalt, der bereits mit Rücklagen und sonstigen realistischeren Zahlen arbeite. Ggf. komme noch später ein Nachtragshaushalt, falls sich die Annahmen im Januar als falsch erweisen. Zuletzt gebe es dann, typischerweise Ende Dezember, noch einen Nachtragshaushalt-IST, der die konkreten Zahlen enthalte.

- Silvan Verhoeven fragt, welche Möglichkeiten bestehen, die Haushaltsplanung umzugestalten.

Sven Götzmann antwortet, dass es einerseits die Möglichkeit gibt, Haushaltstitel zusammenzulegen, sodass mehr Freiheiten bei der Geldplanung geschaffen würden, oder aber langfristige Ausgaben

zu ändern (z. B. durch Vertragskündigungen), was aber mehr Vorlauf erfordere. Eine Änderung des Semesterticketbeitrags würde wegen der Prüfschleife und der notwendigen Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen deutlich länger dauern.

### III. Gegenstände von der letzten Sitzung

#### **1. Wahl studentischer Mitglieder für den Verwaltungsrat des STW Potsdam**

*Die Studierendenschaft hat studentische Mitglieder für den Verwaltungsrat des Studentenerks (STW) Potsdam zu wählen, die dort über die allgemeine Ausrichtung der Tätigkeit des STW entscheiden.*

- Sven Götzmann (BFF) schlägt vor, eine Ausschreibung vorzunehmen, wenn wir weiterhin keine Bewerbungen aus den Listen bekommen.
- Paul Strobach (Präsidium) schlägt vor, dass das Präsidium eine Rundmail an das StuPa schickt, ob es Einwendungen gegen eine solche Ausschreibung gibt.

Einigung:

**Das Präsidium schickt eine Rundmail an das Studierendenparlament und fragt, ob es Einwendungen gegen eine Ausschreibung der Mitgliedschaft im Verwaltungsrat des STW Potsdam gebe. Wenn daraufhin keine Einwendungen kommen, wird das Präsidium eine Ausschreibung vornehmen.**

#### **2. AStA-Ausschreibung**

*Das Studierendenparlament hat auf seiner 1. ordentlichen Sitzung das Präsidium beauftragt, eine AStA-Ausschreibung für die festgelegte Struktur vorzunehmen.*

- Sophie Schreyer (AStA-Referentin für Finanzen) fragt, was der aktuelle Zeitplan wegen der AStA-Ausschreibungen sei.
- Paul Strobach (Präsidium) teilt mit, dass die Ausschreibung so gut wie fertig sei, aber noch die Beschreibungen der Referate fehle. Das Präsidium sehe es nicht in seiner Zuständigkeit, anstelle der StuPa-Mitglieder die bedeutsame politische Entscheidung der konkreten Aufgaben der Referate zu treffen. Außerdem fehle es den Mitgliedern des Präsidiums dafür auch an der notwendigen Zeit.
- Sophie Schreyer und Pascal Kienast (AStA-Referent für Netzpolitik und Digitalisierung, AStA-Vorsitzender) bitten erneut dar-

um, dringend die AStA-Ausschreibung vorzunehmen, damit die Übergabe an den neuen AStA geplant werden könne.

- Paul Strobach (UP.rising) merkt an, dass es seiner Meinung nach durchaus etwas problematisch sei, dass auf einer Marathon-Sitzung eine AStA-Struktur durchgepeitscht werde, aber die verantwortlichen Listen anschließend kein Interesse mehr zeigen würden, die Ausschreibungen zu vervollständigen.
- Sven Götzmann (BFF) schlägt vor, nochmal eine Erinnerung an die StuPa-Mitglieder zu schreiben und nach Ablauf einer darin gesetzte Frist mit den Informationen, die dann vorliegen, auszusprechen.
- Sophie Schreyer bittet darum, spätestens zum Jahresende die Struktur des AStA nach Ausschreibungs- und Bewerbungsphase zu finalisieren, damit eine sinnvolle Einarbeitung möglich sei. Sie merkt auch an, dass, da keine AStA-Klausurtagung vor Dezember möglich sei, dieses Jahr auch keine KriWo geplant werden könne.

Einigung:

**Das Präsidium wird unter Fristsetzung erneut an die Vervollständigung der Referatsbeschreibungen erinnern und anschließend mit den vorliegenden Beschreibungen ausschreiben.**

### **3. Nachtragshaushalt**

Das Tagesordnungspunkt hat sich anderweitig erledigt.

### **4. E-Mail-Adressen des Studierendenparlaments**

*Paul Strobach (UP.rising) hat den Antrag gestellt, die E-Mail-Adressen des Studierendenparlaments umzubenennen, damit klarer unterschieden wird zwischen einem halböffentlichen E-Mail-Verteiler, auf den sich alle Interessierten schreiben können, (alt: mitglieder@stupa.uni-potsdam.de, neu: alle@stupa.uni-potsdam.de) und einem internen E-Mail-Verteiler, der ausschließlich an die StuPa-Mitglieder geht (alt: stupa-intern@uni-potsdam.de, neu: mitglieder@stupa.uni-potsdam.de).*

- Paul Strobach (UP.rising) stellt den Antrag vor.
- Pascal Kienast (AStA-Referent für Netzpolitik und Digitalisierung, AStA-Vorsitzender) fragt, ob zurzeit SpeakUP bzw. Redakteur\*innen von SpeakUP auf dem mitglieder@-Verteiler sind.

Paul Strobach antwortet, dass zurzeit sowohl ein Verteiler von SpeakUP als auch auf Anfrage einzelne Redakteur\*innen auf dem Verteiler sind.

- Pascal Kienast fragt, nach welcher Policy Personen im Anschluss an die vorgeschlagene Änderung auf den halböffentlichen Verteiler gesetzt werden sollen.

Paul Strobach antwortet, dass die aktuelle Überlegung sei, alle Personen auf Antrag auf den Verteiler zu setzen. Er würde bis zur nächsten Sitzung nochmal über die Policy nachdenken und ggf. eine bessere vorschlagen.

Einigung:

**Die Abstimmung über den Antrag erfolgt auf der nächsten beschlussfähigen Sitzung.**

## **5. KuZe – Upgrade Schließanlagen**

*Pascal Kienast (Beauftragter für das KuZe u.a.) beantragt für das KuZe, die Kosten für ein Software-Upgrade der vorhandenen Schließanlage in Höhe von 2.737,00 € aus dem Haushaltstitel 51950 Bauliche Unterstützung zu übernehmen.*

Einigung:

**Die Abstimmung und Beratung über den Antrag erfolgt auf der nächsten beschlussfähigen Sitzung.**

## V. Neue Gegenstände

### **1. Beschwerdestelle Belästigung**

*Der Fachschaftsrat DE hat sich an das StuPa gewendet und möchte, dass sich dieses dafür einsetzt, dass eine professionelle Beschwerdestelle für Belästigung für Studierende eingerichtet wird.*

- Moritz Pleuse (Juso-HSG) merkt an, dass Gleichstellungsarbeit nicht gleich Beschwerdestellenarbeit sei, weshalb dies nicht den GBA'en überlassen werden darf. Darum sollte die Studierendenschaft sich dem Antrag entsprechend einsetzen.

Einigung:

**Die Abstimmung und Beratung über den Antrag erfolgt auf der nächsten beschlussfähigen Sitzung. Zu dieser soll auch der FSR DE eingeladen werden.**

Sven Götzmann (BFF) bittet darum, aufzupassen, dass nicht zu viele Gegenstände auf eine zukünftige Großsitzung verschoben werden. Außerdem sollen alle Anträge bei der Sitzungseinladung rumgeschickt werden, damit sie besprochen werden können. Silvan Verhoeven (UP.rising) schließt sich der Bitte an.

Das Präsidium schlägt vor, die Sitzung zu schließen und die weiteren Tagesordnungspunkte auf der nächsten beschlussfähigen Sitzung zu beraten.

Ohne Widerspruch wird beschlossen:

**Die Sitzung wird geschlossen.**

**Die Abstimmung und Beratung über die übrigen Tagesordnungspunkte erfolgt auf der nächsten beschlussfähigen Sitzung.**

**Anlage 1: Anwesenheitstabelle**

als Mitglieder des Studierendenparlaments		
Hannah Haberkorn	GHG	entschuldigt
Anna Richter	GHG	entschuldigt
Marie Theres Schwarz	GHG	entschuldigt
Kai von Saalfeld	GHG	fehlt
Valerie Reichardt	GHG	fehlt
Anne Bockisch	GHG	entschuldigt
Silvan Verhoeven	UP.rising	<b>anwesend</b>
Jessica Obst	UP.rising	entschuldigt
Linus Löll	UP.rising	entschuldigt
Paul Strobach	UP.rising	<b>anwesend</b>
Lukas Rost	UP.rising	entschuldigt
Florian Hübscher	UP.rising	fehlt
Isabell Schmittmann	SDS	<b>anwesend</b>
Vivien Pejic	SDS	entschuldigt
Luisa Bräuner	SDS	entschuldigt
Eleanor Müller	SDS	fehlt
Victoria Ayvasky	SDS	entschuldigt
Moritz Pleuse	Juso-HSG	<b>anwesend</b>
Marie-Christin Furchtmann	Juso-HSG	<b>anwesend</b>
Johanna Lagemann	Juso-HSG	entschuldigt
Richard Wendt	BFF	entschuldigt
Sven Götzmann	BFF	<b>anwesend</b>
Philipp Okonek	BFF	entschuldigt
Jonas Kolecki	RCDS	<b>anwesend</b>
Thomas Wöstmann	RCDS	<b>anwesend</b>
Kai Machunze	GGuS	fehlt



Oskar Wiesatzki	mgL	fehlt
als Mitglieder des Allgemeinen Studierendenausschusses		
Sophie Schreyer	Finanzen	<b>anwesend</b>
Nahida Parvin Zarin	Antirassismus	<b>anwesend</b>
Shakura Sultana	Antirassismus	fehlt
Philipp Okonek	Campuspol.	entschuldigt
Noah Weiß	Sozialpol.	fehlt
Zinat Mustary	Geschlechter- u. Queerpol.	fehlt
Johanna Tiepelmann	Umwelt & Nachhaltigkeit	fehlt
Marlon Schwarze	Antibleismus	fehlt
Samreen Fatima	Antibleismus	<b>anwesend</b>
Lisa Windisch	Antibleismus	fehlt
Pascal Kienast	Netzpol. u. Digitalisierung	<b>anwesend</b>
als studentische Senatsmitglieder		
Sönke Beier	-	fehlt
Vivien Pejic	-	entschuldigt
Marie Theres Schwarz	-	entschuldigt
Jonathan Wiegers	-	fehlt
als Gäste		
Matthias Weingärtner	SemTix-Beauftragter	<b>anwesend</b>